

# A m t s b l a t t

## des Landkreises Ebersberg



**Nummer 23**

**Freitag, 30.04.2021**

Herausgeber:  
Landratsamt Ebersberg  
Eichthalstraße 5  
85560 Ebersberg

Telefon: 08092 823-0  
Telefax: 08092 823-210

E-mail: [poststelle@lra-ebe.de](mailto:poststelle@lra-ebe.de)  
Internet: [www.lra-ebe.de](http://www.lra-ebe.de)

### Inhaltsverzeichnis

- 57/BL Sitzung des Kreistags am Montag, 10.05.2021, um 15 Uhr  
im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes, Sparkassenplatz 1
- 58/03 Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz - Tier-GesG) vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) und Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1665, ber. 2019 BGBl. I S. 2664);  
Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen und Aufstallpflicht in den Geflügelbeständen im Landkreis Ebersberg
- Zu den Allgemeinverfügungen des Landratsamtes Ebersberg vom 03.02. und 10.03.2021
  - Widerruf dieser Allgemeinverfügungen
- 59/42 Nachtragsbescheid für das Bauvorhaben „Tektur zur Baugenehmigung vom 15.09.2020 - Ergänzung zur Baugenehmigung wg. Beantragung von Abweichungen“ auf dem Grundstück Flurnr. 237 der Gemarkung Ebersberg



57/BL

**Landkreis Ebersberg  
Kreistag**

**15. Wahlperiode 2020-2026  
08. Sitzung des Kreistages mit öffentlichem und  
nichtöffentlichem Teil**

**Sitzung**

Montag, 10.05.2021, um 15:00 Uhr  
im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes, Sparkassenplatz 1

Tagesordnung

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Personalia und Ehrungen
- TOP 3 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 4 Bestellung weiterer StellvertreterInnen in den Ausschüssen des Kreistages; Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2021
- TOP 5 Haushalt 2020; Über- und außerplanmäßige Genehmigungen von Teilbudgets der Fachausschüsse
- TOP 6 Haushalt 2020; Zusammenfassung aus den Berichten der Fachausschüsse über das Jahresergebnis 2020
- TOP 7 Auflösung der zweckgebundenen Rücklage für künftige Turnhallenerweiterungen
- TOP 8 Humboldt-Gymnasium Vaterstetten; Überplanmäßige Ausgaben für die Erneuerung der Heizungszentrale
- TOP 9 Kreuzung ST 2080/EBE 5/Gemeindeverbindungsstraße bis Rathaus Forstinning (Münchner Straße) und Rathaus Forstinning bis Einmündung in die B 12 bei Aitersteinerling (Mühldorfer Straße); Aufstufungsvereinbarung mit der Gemeinde Forstinning
- TOP 10 Kreisstraße EBE13; Viehdrift und Brückensanierung bei Bruck
- TOP 11 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 12 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 14 Anfragen

\*\*\*\*\*



58/03

**Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen  
(Tiergesundheitsgesetz - TierGesG) vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) und  
Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der  
Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018  
(BGBl. I S. 1665, ber. 2019 BGBl. I S. 2664);**

**Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen und Aufstallpflicht in den Geflügelbeständen im  
Landkreis Ebersberg**

- **Zu den Allgemeinverfügungen des Landratsamtes Ebersberg vom 03.02. und 10.03.2021**
- **Widerruf dieser Allgemeinverfügungen**

Das Landratsamt Ebersberg erlässt als zuständige Kreisverwaltungsbehörde auf Grund von § 6 Abs. 2 der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1665), § 4 der Viehverkehrsverordnung (ViehVerkV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2020 (BGBl. I S. 1170) i. V. m. § 7 Abs. 6 der Geflügelpest-Verordnung, Art. 6 und Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz – LStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1982 (BayRS II S. 241) BayRS 2011-2-I (Art. 1–62), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 27. April 2020 (GVBl. S. 236) geändert worden ist] und Art. 3 Abs. 2 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz (GDVG) vom 24. Juli 2003 (GVBl. S. 452, 752, BayRS 2120-1-U/G), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2020 (GVBl. S. 370) geändert worden ist folgende

**Anordnung:**

1. Die Allgemeinverfügungen des Landratsamtes Ebersberg vom 03.02.2021 und 10.03.2021, insbesondere zur Anordnung von Biosicherheitsmaßnahmen und einer Aufstallpflicht in den Geflügelbeständen im Landkreis Ebersberg werden hiermit widerrufen.
2. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
3. Kosten werden nicht erhoben.

**Gründe:**

**I.**

Der Anordnung des Landratsamtes Ebersberg liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausbreitung des Erregers der Geflügelpest (HPAIV) seit Januar 2021 hatte das Landratsamt Ebersberg Biosicherheitsmaßnahmen in den Geflügelbeständen im Landkreis Ebersberg angeordnet und u. a. auch eine Aufstallpflicht für Geflügel verfügt.



Seit Anfang April 2021 nimmt die Zahl der festgestellten HPAI-Fälle in Bayern jedoch wieder deutlich ab. Im Landkreis Ebersberg sind allein in der 16. Kalenderwoche ein Wildvogel und 8 Hühner aus zwei verschiedenen Beständen negativ auf das Vogelgrippevirus getestet worden.

Nachdem die Hauptphase des Frühjahrsvogelzuges inzwischen durchschritten ist und die Außentemperaturen ebenso wie die Sonneneinstrahlung deutlich zunehmen, wodurch es zu einer schnellen Inaktivierung des Seuchenerregers kommt, hat sich die Infektionsgefahr für Wild- und Hausvögel nunmehr deutlich verringert.

Unter der Voraussetzung, dass die vorgeschriebenen grundlegenden Sicherungsmaßnahmen in den Geflügelbeständen eingehalten werden, stuft das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit das Risiko einer direkten oder indirekten HPAIV-Einschleppung ausgehend von Wildvögeln in Geflügelbestände in Bayern nur noch als mäßig bis gering ein.

Die mit den Allgemeinverfügungen des Landratsamtes Ebersberg vom 03.02. bzw. 10.03.2021 angeordneten tiergesundheitsrechtlichen Maßnahmen konnten deshalb wieder aufgehoben werden.

## II.

Die Anordnung des Landratsamtes Ebersberg stützt sich auf folgende Rechtsgrundlagen:

Das Landratsamt Ebersberg ist für den Erlass der Anordnung sachlich zuständig gemäß Art. 3 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG) vom 24. Juli 2003 (GVBl S. 452, ber. S. 752), BayRS 2120-1-U/G.

Die örtliche Zuständigkeit des Landratsamtes Ebersberg ergibt sich aus Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

Rechtsgrundlage für den Widerruf der Allgemeinverfügungen ist Art. 49 Abs. 1 BayVwVfG. Demnach kann ein rechtmäßiger nicht begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage bestehen im Ergebnis keine Gründe mehr für eine Aufrechterhaltung der Allgemeinverfügungen und der damit angeordneten tiergesundheitsrechtlichen Schutzmaßnahmen. Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) vom 27.04.2021 hat sich die Infektionsgefahr für Wild- und Hausgeflügel deutlich verringert. Seit etwa zwei Wochen wurden in ganz Bayern keine HPAIV Infektionen bei Wildvögeln oder in Hausgeflügelbeständen mehr nachgewiesen. Der Widerruf der Allgemeinverfügungen in allen ihren Ziffern ist deshalb die ermessensgerechte Folge auf die vom LGL geschilderte Lage.

## III.

Die Kostenentscheidung für diese Anordnung beruht auf Art. 13 des Ausführungsgesetzes zum Vollzug des Tiergesundheitsgesetzes (BayAGTierGesG).



#### IV.

Nach Art. 41 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 BayVwVfG gilt ein schriftlicher Verwaltungsakt bei öffentlicher Bekanntmachung zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In einer Allgemeinverfügung kann nach Art. 41 Abs. 4 Satz 4 BayVwVfG ein hiervon abweichender Tag bestimmt werden.

Von dieser Vorschrift wird hiermit Gebrauch gemacht, sodass diese Allgemeinverfügung einen Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Ebersberg als bekannt gegeben gilt.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht in München,  
Postfach: 20 05 43, 80005 München,  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,**

**schriftlich oder zur Niederschrift** des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann auch **elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

**Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Freistaat Bayern – Landratsamt Ebersberg) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Tiergesundheitsrechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- **Die Klageerhebung per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!** Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen können der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) entnommen werden.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Ebersberg, 29.04.2021  
Landratsamt Ebersberg  
Öffentliche Sicherheit, Gemeinden

Peter Heydecker  
Regierungsrat

\*\*\*\*\*



59/42

**Öffentliche Bekanntmachung gemäß Art. 66 Abs. 2 Bayerische Bauordnung (BayBO)**

Das Landratsamt Ebersberg (Aktenzeichen: N-2021-1021) erlässt für das Bauvorhaben „**Tektur zur Baugenehmigung vom 15.09.2020 - Ergänzung zur Baugenehmigung wg. Beantragung von Abweichungen**“ auf dem Grundstück Flurnr. 237 der Gemarkung Ebersberg folgenden

**Nachtragsbescheid:**

- I. Das oben bezeichnete Bauvorhaben wird entsprechend den folgenden als Bestandteil gekennzeichneten Bauvorlagen genehmigt.
- Abstandsflächenplan vom 22.03.2021
  - Ansichten Hauptgebäude Ansichten West/Ost vom 22.03.2021
  - Ansichten Hauptgebäude Ansichten Nord/Süd vom 22.03.2021
  - Ansichten/Schnitte Gartenhaus vom 22.03.2021

Das Vorhaben ist ein Gebäude der Gebäudeklasse 4.

Es wurden Abweichungen erteilt.

(Ziff. II bis V nicht abgedruckt)

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht in 80335 München**  
**Postfachanschrift: 20 05 43, 80005 München,**  
**Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,**

**schriftlich, zur Niederschrift** oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen**<sup>1</sup> Form.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- 1 Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

**Sonstige Hinweise:**

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können von den Beteiligten nach Art. 29 BayVwVfG während der Geschäftszeiten im Landratsamt Ebersberg, Bauabteilung, eingesehen werden. Mit Ablauf einer Frist von einem Monat nach der Bekanntmachung des Bauvorhabens sind alle öffentlich-rechtlichen Einwendungen gegen das Bauvorhaben ausgeschlossen. Die Monatsfrist beginnt



**mit dem Tag dieser Bekanntmachung zu laufen. Die Zustellung der Baugenehmigung wird durch die öffentliche Bekanntmachung ersetzt.**

Ebersberg, 23.04.2021

Brigitte Sickinger